



Eröffnung
von Anpassungsfähigkeit
für lebendige Orte

Verbundprojekt im Forschungsprogramm
„Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert“
des Bundesministeriums
für Bildung und Forschung (BMBF)

Endbericht Gesamtprojekt

Herausgeber/-innen:

Dipl.-Ing. Heike Brandt
Prof. Dr.-Ing. Helmut Holzapfel
Dipl.-Geogr. Ilka Hopmeier

U N I K A S S E L
V E R S I T Ä T

NAHVERSORGUNG UND TÄTIGKEITSGESELLSCHAFT

Daniel Dahm, Stefanie Böge, Dagmar Fuhr, Gerhard Scherhorn, Anja Siebentritt-Schüle

1. Vielfalt der Versorgung und Vielfalt der Arbeit hängen voneinander ab

Eine lebenswerte Stadt muss sich daran messen lassen, wie gut es sich in ihr leben lässt, wie gut ihre BewohnerInnen sich versorgen können und wie lebendig und gestaltbar sie ist. Städtische Lebensqualität hängt wesentlich davon ab, wieweit im unmittelbaren Lebensumfeld der Stadtbevölkerung eine Vielfalt von Versorgungsmöglichkeiten sowie Räumen und Strukturen verfügbar sind, die unterschiedlichste Formen der Arbeit und Produktion, der Gestaltbarkeit zulassen. Alltagstauglichkeit von Stadtquartieren wird maßgeblich davon bestimmt, inwiefern die Vielzahl der alltäglichen Bedürfnisse im nahegelegenen Wohnumfeld befriedigt werden können. Hierfür ist eine leistungsfähige städtische Wirtschaft ausschlaggebend. Neben der öffentlich-kommunal gesteuerten Wirtschaft ist die marktwirtschaftlich getragene Wirtschaft von tragender Bedeutung. Ebenso wichtig ist auch die städtische Selbstversorgungswirtschaft – die urbane Subsistenz – die über zivilgesellschaftliche Strukturen und Prozesse bestimmt wird.

Die formellen öffentlichen und marktlichen Wirtschaftsstrukturen und -prozesse stehen komplementär zu den eher informell geprägten subsistenzwirtschaftlichen Strukturen und Prozessen einer Stadt. Das wird bisher nicht ausreichend in Politik und Stadtplanung verstanden. Neben den Gütern des Alltagsbedarfs, die marktlich erkaufte werden können – also Lebensmittel, Haushaltsbedarf, sowie verschiedene Alltagsdienstleistungen von Frisör, Copyshop, Handwerksbetrieb, Arzt und vieles mehr – wird außerdem ein breites Spektrum von Diensten und Gütern benötigt, die nicht marktlich erwirtschaftet und nicht mit Geld bezahlt werden können. Hierzu zählen die Bereiche der Haus- und Familienarbeit, der Eigenarbeit und Selbstsorge sowie das weite Feld der Dienste und Güter, die gemeinschaftsbezogenen Charakter haben und bürgerschaftlich – unbezahlt – erbracht werden. Zur Nahversorgung gehört die nahräumlich erreichbare Versorgung mit Diensten und Gütern aus marktlicher wie auch aus subsistenzwirtschaftlicher Produktion. Entsprechend wird die Vielfalt der Möglichkeiten zur nahräumlichen Versorgung in Stadtquartieren wesentlich davon bedingt, wieweit die verschiedenen wirtschaftlichen Versorgungssysteme als komplementär zueinander erkannt werden und angepasste Produktionsbedingungen vorfinden. Für die Subsistenz – Selbstversorgung – ebenso wie für marktvermittelte Produktion und Versorgung müssen die stadträumlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen auch nahräumlich erfüllt sein. Beide ökonomischen Bereiche sind auf eine funktional vielfältige unterstützende Infrastruktur angewiesen. Wir meinen hier mit Infrastruktur beide – die materielle (baulich, räumlich, technische) Infrastruktur und die immaterielle (soziale, rechtliche, politische, administrative) Infrastruktur.

Nahversorgung und Arbeitsgesellschaft stehen in einem engen, untrennbaren Wechselspiel zu einander. Städtische Produktivität wird einerseits über die erwerbswirtschaftlichen – mit Geld bezahlten – Arbeitsleistungen und andererseits über die subsistenzwirtschaftlichen – unbezahlten, ehrenamtlichen – Arbeitsleistungen generiert. Während über die Erwerbswirtschaft jene Güter und Dienste erwirtschaftet werden, die erkaufte werden müssen und gekauft werden können, sind die Angebote aus Subsistenzwirtschaft anderer Art. Diese werden bedarfsorientiert produziert und sind in der Regel nicht monetär bewertbar und entsprechend nicht durch Erwerbsarbeit substituierbar. Sie setzen sich aus Diensten und Gütern zusammen, die für Menschen erzeugt werden, die diese Güter nicht bezahlen können – Obdachlose, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Kranke, Junge und Alte, Asylanten, ... – oder sie sind nicht in Geld bezahlbar, weil für sehr viele Menschen nicht mehr ausreichend Erwerbseinkommen verfügbar ist, um komplexe, arbeitsintensive Dienstleistungen im kulturellen und sozialen Bereich

zu finanzieren. Auch ist der Antrieb, der ‚hinter‘ der Arbeit steht, nicht extrinsisch durch Gelderwerb, sondern intrinsisch motiviert.

Nur jene Leistungsbereiche werden ausreichend erbracht, die sich ‚lohnend‘. Voraussetzung für einen ‚Lohn‘ der Arbeit ist sicherlich immer Anerkennung in deren Arbeitsleistung, die Produktivität – das erfolgt gängigerweise über die erworbenen monetären Beiträge zum Realeinkommen, welches über Arbeit generiert wird. Erwerbsarbeit ist nicht mehr ausreichend für alle arbeitswilligen Menschen verfügbar, weil die Produktivität weit überproportional zum erwerbswirtschaftlichen Wachstum zunimmt. Aber in unserer Gesellschaft wird der Wert der Arbeit weiterhin durch Gelderwerb definiert. Deshalb wird gesellschaftlich notwendige Arbeit nicht ausreichend oder zumindest nicht optimal erbracht – eben weil ihr Wert nicht ausreichend anerkannt wird. Denn zur gesellschaftlich notwendigen Arbeit gehört zu einem großen Teil auch die Subsistenzarbeit, und diese wird unbezahlt geleistet. Sie erbringt umfassend Güter und Dienste im sozialen und kulturellen Bereich, die zum Alltagsbedarf zu zählen sind, und die im nahen Lebensumfeld erreichbar sein müssen.

Die Vielfalt der Nahversorgung und die Vielfalt der Tätigkeitsformen und Anerkennungssysteme hängen voneinander ab. Stadtraum, städtische Politik und Wirtschaft können die Voraussetzungen für die Breite von und den Zugang zu städtischen Versorgungsmöglichkeiten fördern aber auch behindern.

Wie sich dies äußert und entlang welcher Kriterien hier Verbesserungen erreicht werden können, wird im folgenden gezeigt.

2. Die elementare Bedeutung der Nahversorgung für die urbane Lebensqualität

Die Befriedigung des Nahbedarfs gehört zu den elementaren Leistungen einer Stadt. Eine Vielfalt von Nahversorgungsmöglichkeiten macht urbane Lebensqualität aus und ist durch Groß- und Fernversorgung nicht ersetzbar. Zu dieser Vielfalt gehört ein weites Spektrum an Angeboten, die für das alltägliche Leben zwischen Familie, Beruf, Haushalt, Selbstsorge und sozialem Umfeld regelmäßig notwendig sind. Ausgewählt wurden hier drei Angebotsbereiche, einer aus dem marktlichen Sektor, zwei aus dem subsistenzwirtschaftlichen Sektor, davon der eine individual- und der andere gemeinschaftsorientiert. Der ‚Nahbedarf‘ des Menschen wird hier exemplarisch dargestellt an den nahräumlichen Möglichkeiten zur

- a) *Versorgung mit Lebensmitteln über den Einzelhandel;*
- b) *privaten Selbstversorgung, Eigenproduktion (auch häusliche Tätigkeiten);*
- c) *öffentlichen, gemeinschaftsbezogenen Selbstversorgung mit sozialen und kulturellen Diensten und Gütern durch bürgerchaftliche (Subsistenz) Arbeit.*

2.1 Versorgung mit Lebensmitteln über den Einzelhandel

Wenn die Versorgung mit Lebensmitteln über den Einzelhandel nahräumlich angeboten wird, wird sie auch angenommen und genutzt. Doch in monofunktionalen Gebieten ist die attraktive Vielfalt der Nahversorgung gefährdet oder schon nicht mehr gegeben. Die alltäglichen Wege sind länger und die Breite der erreichbaren Lebensmittelangebote ist geringer.

Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Einkaufsgelegenheit in der Nähe der Wohnung genutzt wird, ist um ein Vielfaches höher, als dass Einkaufsgelegenheiten aufgesucht werden, die oberhalb einer Distanz von einem Kilometer vom Wohnstandort entfernt sind. Dies zeigen verschiedene empirische Untersu-

chungen.¹ Und je besser die nähräumliche Versorgungsstruktur ist, desto eher kaufen die BewohnerInnen in der unmittelbaren Wohnumgebung ein.² Eine Attraktivität von Supermärkten ‚auf der grünen Wiese‘ weist in der Regel auf Versorgungsmängel in den Stadtquartieren selbst hin: Das ist inzwischen ein empirisch gesicherter Befund.

In Stadtquartieren, die eine kleinräumige funktionale Mischung und eine hohe Einwohnerdichte aufweisen, wird die Versorgung mit Lebensmitteln, generell besser gewährleistet als in monofunktionalen Gebieten mit geringer Einwohnerdichte (vgl. **Tabelle 1**)

Tabelle 1: *Ausstattung mit Lebensmitteleinzelhandel in verschiedenen Siedlungstypen (Mittelwerte)
(über verschiedene EVALO - Untersuchungsgebiete)*

	Einwohner/ Hektar	Einrichtungen absolut	Einrichtungen/ 1.000 Einwohner	Einrichtungen/ Hektar	Einwohner/ Einrichtung	n
Innerstädtisches Mischgebiet	105	29	6,5	0,75	223	5
Kompaktes Innenstadtgebiet	159	72	4,1	0,65	246	2
Dezentrales Stadtquartier	92	10	2,8	0,30	533	5
(Groß-)Wohnsiedlung	67	12	1,8	0,12	596	5
Eigenheimgebiet	39	1	1,8	0,06	564	4
Sozialwohnungsgebiet	58	3	1,9	0,11	537	1
Mittelwert gesamt	87	21	3,1	0,33	450	

Durch die zunehmende gesamtstädtische Funktionstrennung und Ausdünnung von Stadtquartieren mit Einrichtungen für den täglichen Bedarf, verlieren die Siedlungsstrukturen ihre eigene Regenerationsfähigkeit.³ Sie können damit nicht mehr als anpassungsfähig bezeichnet werden. In vielen städtischen Quartieren ist schon heute eine ausreichende Nahversorgung mit Lebensmitteln⁴ nicht mehr vorhanden. Besonders betroffen von einer Unterversorgung sind Stadtteile abseits der städtischen Kernbereiche, disperse Siedlungsbereiche sowie Ein- und Zweifamilienhausgebiete. Besonders benachteiligt sind hiervon vor allem nicht-motorisierte und ältere Menschen, einkommensschwache Haushalte sowie Familien.⁵

§ 11 Abs. 3 BauNVO⁶ könnte – allgemein gesehen – grundsätzlich schon für sich allein eine wohnortnahe Lebensmittelversorgung sichern. Die Realität sieht jedoch anders aus: In jeder Stadt dünnt sich weiterhin die wohnortnahe Versorgung zugunsten großflächiger Betriebe in städtebaulich nicht integrierten Lagen sukzessive aus. Die komparativen Standortvorteile sind für die Betreiber auf der ‚grünen

¹ Z.B. Kutter, 1973, S. 117; Böge & Fuhr, 2004, S. 256.

² Holz-Rau, 1991, S. 303; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 1999, S. 37 - 38; Deecke, 2000, S. 39.

³ Läßle, 1996, S. 133.

⁴ Eine ausreichende Nahversorgung im städtischen Raum umfasst einer Umfrage nach entweder eine Kombination aus Vollsortimenter (Supermarkt), Discounter, Bäcker und Metzger oder die Kombination Vollsortimenter, Bäcker und Metzger bis zu einer Entfernung von 500 m (Kahnert, 2002, S. 34 - 35).

⁵ Europäische Union, 1999, S. 3; Steffen & Weeber 2001, S. 80 - 85; Kahnert, 2002, S. 36.

⁶ Durch § 11 Abs. 3 der BauNVO steht der mittelständische Einzelhandel in Deutschland unter einem besonderen Schutz, insbesondere die wohnungnahe Grundversorgung soll damit gesichert werden. Außerhalb von Kern- und Sondergebieten sind lediglich Geschäfte mit einer maximalen Geschossfläche von 1.200 m² erlaubt, dies entspricht einer Verkaufsfläche von ca. 700 m². Der Einzelhandel soll an Standorten gesichert werden, die in das städtebauliche Ordnungssystem funktionsgerecht eingebunden sind.

Wiese‘ gegenüber integrierten Lagen viel zu hoch⁷, nicht zuletzt deshalb, weil die Städte aus Furcht einer kompletten Abwanderung solche Standortentscheidungen noch durch entsprechende Subventionen (günstige Grundstückspreise, Bereitstellen entsprechender Verkehrsflächen, Verzicht auf Verkehrsverursachungsabgaben) belohnen. So spricht die allgemeine Entwicklung im Lebensmitteleinzelhandel⁸ derzeit eher gegen die mögliche Entscheidung eines Unternehmens, sich in wohnortnahen Lagen anzusiedeln. Die Verkaufsflächen sind oft klein, die Anlieferung der Waren ist aufgrund der vorhandenen kleinteiligen Verkehrsinfrastruktur bisweilen schwierig. Auch die Kunden sind an die Anfahrt mit dem Auto gewöhnt, denn die Trennung der Funktionen Wohnen und Arbeiten erzwingt eine viel höhere räumliche Alltagsmobilität, bei der lange Wege mit dem PKW ohnehin häufig nicht verhindert werden können. Auch deshalb können zusätzlich noch fehlende Parkmöglichkeiten von den Betreibern als Gegenargumente zu den wohnortnahen Lagen angeführt werden.

Für eine an anpassungsfähigen Quartieren orientierte Stadtplanung und -politik, die sich an den Alltagsbedürfnissen der Menschen orientiert, wären dies allerdings keine ernstzunehmenden Argumente, weil die Unterstützung einer wohnortnahen Versorgung Vorrang hätte. Vor allem würden einige Konflikte und Argumente, die bislang die nahräumliche Versorgung durch den Einzelhandel behindern, dann entkräftet, wenn im planerischen Umgang mit dem Stadtraum ein Paradigmenwechsel hin zur Stadt der kurzen Wege, hin zu funktionaler Vielfalt und Mischung vollzogen würde.

2.2 Gelegenheit zur privaten Selbstversorgung, Eigenproduktion

Die private Selbstversorgung und Eigenproduktion stellt einen wichtigen Arbeitsbereich im alltäglichen Leben und für die tägliche Bedarfsdeckung dar. Beides ist in der Regel selbstbestimmt und –organisiert und hoch individualistisch, auf individuellen Geschmack und Begabungen zugeschnitten. So ist für viele die private Selbstversorgung im Sinne der Zubereitung von Mahlzeiten, dem Anbau von Obst, Gemüse, Kräutern, der Aufzucht von Kleintieren eine Bereicherung der alltäglichen Esskultur. Gepaart mit selbst durchgeführten Reparaturen und (handwerklicher) Eigenproduktion stellt sie eine Ergänzung des Realeinkommens dar. Neben der kreativen Beschäftigung und der Identifikation mit den eigenen Konsumgütern befriedigt die private Subsistenzarbeit durch den direkten Bezug zwischen Arbeitsleistung und dem erwirtschafteten Produkt der Arbeit. Zugleich stellen diese Tätigkeiten aber auch einen wichtigen Anlass für familiäre und weitere soziale Kommunikation und gemeinsames Handeln dar.

Zubereitung von Mahlzeiten

In Auswahlquartieren in Berlin-Friedrichshain und Berlin-Pankow bzw. in Kassel wurden umfassende Befragungen zur Eigenproduktion und -verarbeitung von Lebensmitteln durchgeführt. Alle Befragten verfügen über eine Küche, und bis auf wenige Ausnahmen wird diese auch für die *Zubereitung von Speisen* genutzt, was an sich zunächst als Einzelinformation wenig erstaunt. Aber entgegen vielfältigen Be-

⁷ Je größer die Fläche und der Umsatz der Verkaufsstellen, desto größer werden auch die logistischen Rationalisierungspotenziale bei der Belieferung. Insgesamt müssen weniger Verkaufsstellen angefahren werden, die Bündelungspotenziale bei der Belieferung wachsen und die Lieferrhythmen können verstetigt werden. Die mit der Einrichtung großflächiger Betriebsformen häufig verbundene Abwanderung des Einzelhandels aus innerstädtischen oder wohnortnahen Lagen verbessert in der Regel die verkehrliche Erreichbarkeit der Verkaufsstandorte und die Abwicklung der Umschlagvorgänge an der Rampe (Deecke, 2000, S. 17 - 18).

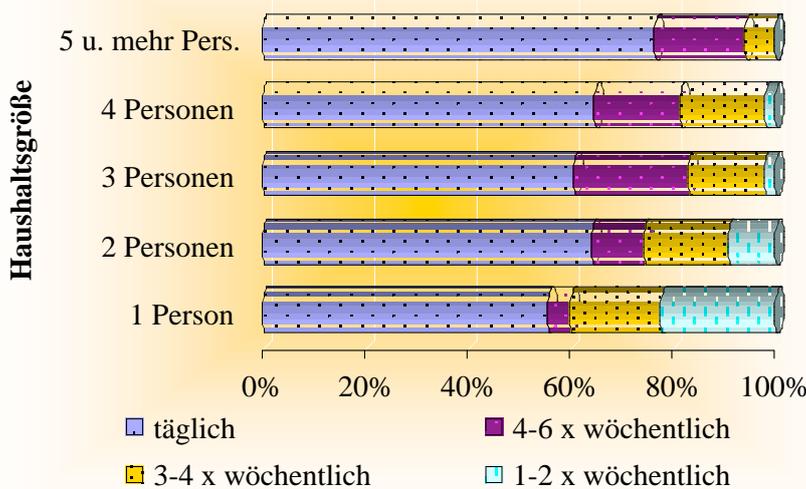
⁸ Wachstum der Verkaufsflächen, zunehmende Unternehmenskonzentration und Internalisierung um ‚Massenproduktionsvorteile‘ und Rationalisierungspotenziale bei der Belieferung zu realisieren.

richten, dass die Mahlzeiten immer seltener gemeinsam in der Familie eingenommen oder auch nur am heimischen Herd zubereitet werden⁹, gaben die Befragten in Berlin und Kassel an, wenn auch nicht täglich, so doch häufig am Wochenende, oder mindestens zu besonderen Gelegenheiten, wie Feierlichkeiten, Einladungen etc. zu kochen. Dabei steigt die Häufigkeit der Zubereitung von Mahlzeiten mit der Größe des Haushaltes (vgl. Abbildung 1). Zu ähnlichen Befunden gelangen auch andere Untersuchungen¹⁰, die eine Auswertung der bundesdeutschen Zeitbudgetstudie aus den Jahren 2001 / 2002 vorgenommen haben.

Durchschnittlich wird für die Zubereitung aller Mahlzeiten eine Dauer von 1 bis 2 Stunden täglich angegeben.¹¹ Insbesondere in Haushalten mit jüngerem Haushaltsvorstand wird dabei eher zu Fertiggerichten gegriffen, wobei insgesamt der Anteil der Haushalte, der sich (nach eigener Angabe) überwiegend von Fertiggerichten ernährt, mit unter drei Prozent eher gering ist. Dreiviertel aller befragten Haushalte (unabhängig von Alter und Quartier) geben an, dass sie zwischen 5 und 15 Prozent ihres Konsums über die Zubereitung von Fertiggerichten decken. Diese Ergebnisse werden durch eine Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) aus dem Jahr 2003 bestätigt. Dort geben 10 Prozent der 5.000 befragten Haushalte in Deutschland an, mindestens einmal in der Woche Fertiggerichte zuzubereiten und zugleich wird festgestellt, dass jeder fünfte Haushalt „Convenience-affin¹²“ sei.¹³

Abbildung 1
Kochhäufigkeit nach
Haushaltsgröße
(Kassel)

Kochhäufigkeit nach Haushaltsgröße
Kasseler Untersuchungsgebiete (N = 308)



Quelle: EVALO-TP 3, 2001

Die soziale Bedeutung der gemeinsamen Mahlzeiten schätzen die meisten Befragten als wichtig oder sehr wichtig ein. Das gemeinsame Essen wird, auch dort wo es selten geschieht, meist als sehr befriedigend empfunden. Auch die Einschätzung der Beiträge zum Realeinkommen durch private Subsistenz

⁹ Vgl. z.B. Lechner, 2004; Schwab, 2004.

¹⁰ Vgl. z.B. Berg 1997; Meier, Zander, 2004.

¹¹ Dies ergaben vertiefende Interviews, die vom TP 3 mit einer Auswahl von 10 BewohnerInnen über alle vier Kasseler Quartiere im Sommer 2003 geführt wurden.

¹² Convenience-affin meint, dass man dazu neigt, (Halb-)Fertigprodukte in der Lebensmittelzubereitung zu verwenden bzw. sie auch zu konsumieren.

¹³ GfK (2003): Küche und Kochen in Deutschland. Nürnberg, 2003.

ist bedeutsam. Die Einsparmöglichkeit durch das Selbstzubereiten von Speisen wird im Durchschnitt auf 150 EUR im Monat geschätzt.

Häusliche Lebensmittelproduktion

Weit weniger verbreitet ist die *Eigenproduktion von Nahrungsmitteln*, so z.B. das Einmachen, Einfrieren oder Einkochen von Marmelade, Obst oder Gemüse (42 % der befragten Kasseler Haushalte praktizieren diese Formen der Nahrungsmittelproduktion), zumal die wenigsten über einen eigenen Garten verfügen (s.u.). Immerhin nutzen viele den Balkon oder die Terrasse, um Küchenkräuter, Tomaten und ähnliches zu ziehen. Kleintiere zum eigenen Verzehr, werden noch weniger gehalten - man hat für Nutztiere meist weder einen geeigneten Raum, noch die Notwendigkeit oder den Wunsch Tiere zu halten, um sie später zu schlachten und zu verspeisen.¹⁴

Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben von 1993 belegen, dass in Deutschland rund die Hälfte aller Haushalte über einen Garten mit einer durchschnittlichen Größe von 500 m² verfügt.¹⁵ Von den Gärten befanden sich gut zwei Drittel im Eigentum, etwa ein Drittel war gepachtet oder gehörte zu einer angemieteten Wohnung. Der Besitz von Gärten ist eng mit der Größe der Wohngemeinde korreliert, d.h. je kleiner die Gemeinde, je geringer die Einwohnerdichte, um so mehr Gärten je Einwohner gibt es. In den Kleinstädten mit unter 5.000 Einwohnern verfügte knapp die Hälfte aller Haushalte über einen Garten, während es in den Großstädten nur jeder zehnte Haushalt war. Auch werden in den Großstädten die Gärten weniger als Nutzgärten und vielmehr als Zier- oder Spiel- und Erholungsgärten genutzt.¹⁶ Die für die Lebensmittelproduktion genutzte Fläche innerhalb der Gärten hat sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich verringert: dies ist zum einen auf die steigenden Haushaltseinkommen zurückzuführen, und noch viel stärker über die im Verhältnis zu früher immer günstiger angebotenen Agrarprodukte¹⁷, weshalb immer mehr Haushalte ihre Nahrungsmittel über den Einzelhandel beziehen. Leider gibt die Agrarstatistik keine Auskunft wie hoch der Anteil der Eigenproduktion von Obst und Gemüse im eigenen Garten ist. Aber zufolge einer Schätzung der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) wurden in der BRD 2001 rund 10 Prozent des konsumierten Gemüses von den Konsumenten im eigenen Garten produziert.¹⁸ Bei Obst dürfte der Anteil unter 10 Prozent liegen, da importierte Südfrüchte wie Orangen und Bananen bereits mehr als ein Viertel des in der BRD konsumierten Obstes ausmachen.

Die Kasseler Haushaltsbefragung ergab, dass in 70 der insgesamt 308 untersuchten Haushalte in Kassel und Kaufungen-Mitte Lebensmittel selbst angebaut werden bzw. Tierhaltung praktiziert wird. Das entspricht immerhin einem Anteil von rund 23 Prozent. Auch hier zeigt sich, dass in städtischen Wohngebieten, die einen entsprechenden Außenraum bieten – wie dies in der vorliegenden Untersuchung in Kassel-Süsterfeld gegeben ist – mit über 55 Prozent ein relativ hoher Anteil der Haushalte

¹⁴ Für diese Form der Eigenproduktion gibt es seit den Hungerzeiten während und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland keine Anwendung mehr im Rahmen städtischen Lebens. Die (Klein-)Tierhaltung wurde spätestens zu diesem Zeitpunkt quasi gänzlich auf das Land verbannt, zumal die Preise für Fleisch - gemessen an der Kaufkraft - ständig sanken und es so heute günstiger ist, Fleisch im Supermarkt zu kaufen, statt es selbst zu produzieren. In den meisten Ländern Südeuropas und in den sogenannten Entwicklungsländern ist das nicht so, wie die UNDP-Studie *Urban Agriculture* von 1996 gezeigt hat.

¹⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt 1996.

¹⁶ Vgl. Teichert, 2000, S. 56.

¹⁷ Im Vergleich zu anderen Konsumgütern.

¹⁸ Vgl. Behr, 2001.

Formen der Nahrungsmittel-Selbstversorgung praktizieren.¹⁹ In innerstädtischen Wohnquartieren, in denen der Außenraum für Nutzgärten in unmittelbarer Nähe zur Wohnung fehlt, kann Gartenbewirtschaftung nur mit zusätzlichem Fahr- und damit Zeitaufwand realisiert werden. Nicht zuletzt weil die Kleingartenkolonien zugunsten einer innerstädtischen Nachverdichtung zunehmend an die Stadtränder verdrängt werden, verliert diese Form der Lebensmittelversorgung immer mehr an Attraktivität. Hiermit verringern sich auch die Möglichkeiten auf diesem Wege das Realeinkommen zu erhöhen.

Reparaturen

Ganz anders sieht es beim *Werken und Reparieren* aus. Den meisten Haushalten stehen weder Werkstätten, Schuppen, Garagen, Innenhöfe noch Gemeinschaftswerkräume zur Verfügung. Trotzdem üben viele Personen Tätigkeiten im handwerklichen Bereich häufig aus, sei es Selberbau oder Reparieren und Ausbessern, sei es Aufwerten oder Renovieren und ähnliches. Eine große Mehrheit von 81% empfindet diese Tätigkeiten als sehr befriedigend bis befriedigend und 68% schätzen ihre soziale Bedeutung, z.B. den Erfahrungsaustausch mit anderen, als sehr wichtig bis wichtig ein. Auch hier werden umfassend Kompetenzen erprobt, geübt und erweitert sowie mit anderen ausgetauscht.

Insgesamt werden auf der Ebene der Privathaushalte – neben der üblichen Hausarbeit – vielfältige Tätigkeiten im Bereich der Eigenversorgung und -produktion verrichtet. Und dieses Engagement rechnet sich nach Schätzung der Befragten:

Die durchschnittlich geschätzte Einsparung durch *Werken und Reparieren* liegt bei 770 € im Jahr. Auf den Monat umgerechnet und zu der Einsparung durch das *Selberkochen* (und Einmachen) hinzugezählt, entspricht dies über 12 % des durchschnittlichen monetären Nettoeinkommens, was durch Eigenproduktion an den Ausgaben vom monetären Realeinkommen gespart werden kann. Trotzdem ist die Anerkennung und das Verständnis der Werte, die über private Selbstversorgung erwirtschaftet werden, in der auf Erwerbseinkommen fixierten Arbeitsgesellschaft bisher nicht ausreichend vorhanden. Im Rahmen eines neuen Arbeitsparadigmas, über welches eine Vielfalt von Wirtschaftsprozessen und Arbeitsformen anerkannt und gefördert wird, würde sich die Bereitschaft und die Wertschätzung von privater Selbstversorgungsarbeit erhöhen, auch indem über Sozialisation und Gegenseitigkeit die Bereitschaft und Kompetenz zur privaten Subsistenzarbeit gestärkt und unterstützt wird.

2.3. Öffentliche gemeinschaftsbezogene Selbstversorgung mit sozialen und kulturellen Diensten und Gütern durch bürgerschaftliche Subsistenzarbeit.

Es gibt eine große Vielfalt an Versorgungsleistungen durch bürgerschaftliche Arbeit. Diese werden zum großen Teil über bürgerschaftliche Einrichtungen angeboten. Aber die öffentlichen Zuwendungen und Unterstützungen für bürgerschaftliche Einrichtungen werden aus Finanzmangel eher geringer. Markt und Staat lagern die sozial-kulturellen Folgekosten der ökonomischen Globalisierung und des Niedergangs des erwerbswirtschaftlichen Paradigmas in die Zivilgesellschaft aus. Proportional zur Abnahme der Leistungskraft der marktlichen und staatlich-kommunalen Versorgungssysteme in den Bereichen der öffentlichen Wohlfahrt wächst der Bedarf und die Anforderungen an die Leistungskraft öffentlicher Subsistenzeinrichtungen.

¹⁹ Vgl. Böge & Fuhr 2004.

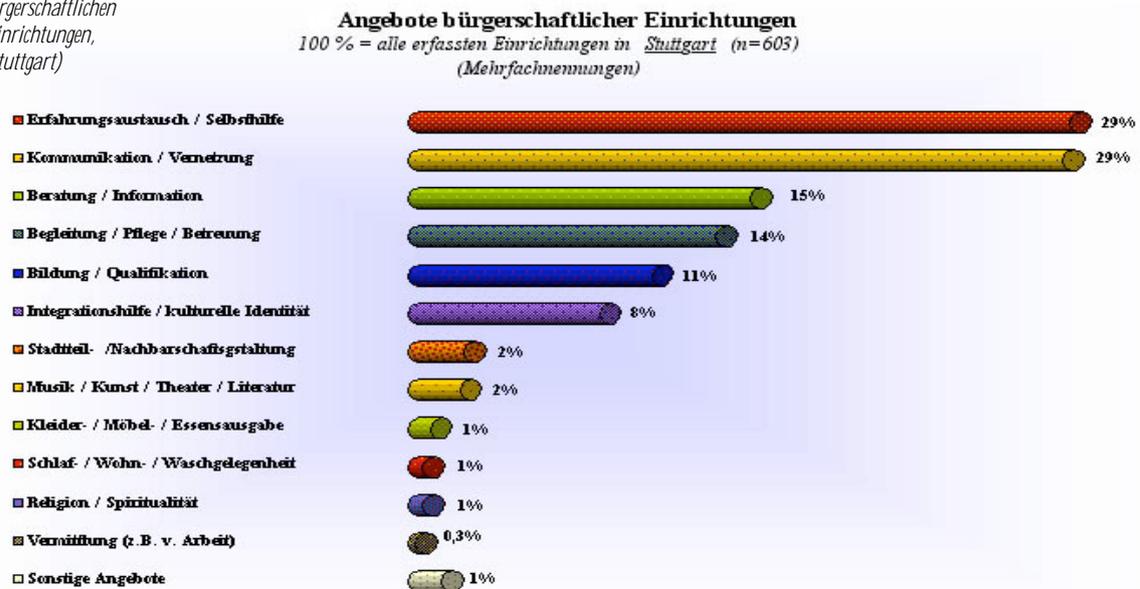
Wie sich über einen mittlerweile seit 1999 andauernden Forschungsprozess heraus stellte, sind die über öffentliche Subsistenz erbrachten Versorgungsleistungen grundsätzlich bedarfsorientiert, also von der Nachfrage gesteuert. Hier wird nichts überflüssiges generiert, sondern die Subsistenzproduktion folgt immer einem sozioökonomischen Bedarf. Der größte Teil dieser Leistungen wird durch formelle Arbeit (Markt und Staat) nicht gedeckt, ist aber unverzichtbar. Der Bedarf hat zudem im Individualisierungsprozess zugenommen und wird noch weiter zunehmen, denn die traditionellen familiären Bindungen und Sicherungssysteme sowie die intergenerationellen sozialen Sicherungssysteme sind nicht mehr so tragfähig wie früher.

Öffentliche Subsistenz ist stadträumlich fast immer auf den Nahbedarf gerichtet. Bürgerschaftliche Einrichtungen finden sich in hoher Zahl in städtischen Quartieren und profitieren von Möglichkeiten zu funktioneller Vielfalt im Stadtraum. Ihre NutzerInnen kommen in der Regel aus dem nahe gelegenen Quartiersumfeld. Die aus bürgerschaftlichen Einrichtungen erbrachten Angebote an sozialen und kulturellen Dienstleistungen reichen von der Versorgung mit Lebenshilfe, Bildung, Betreuung und Pflege bis hin zu Aktivitäts- und Kommunikationsmöglichkeiten, Integrationshilfe und politischer Interessenvertretung u.v.m. ... Diese Zusammenhänge werden im folgenden empirisch anhand von Beispielen aus Stuttgart, Köln und Berlin exemplarisch dargestellt.

Angebote & Zielgruppen bürgerschaftlicher Einrichtungen

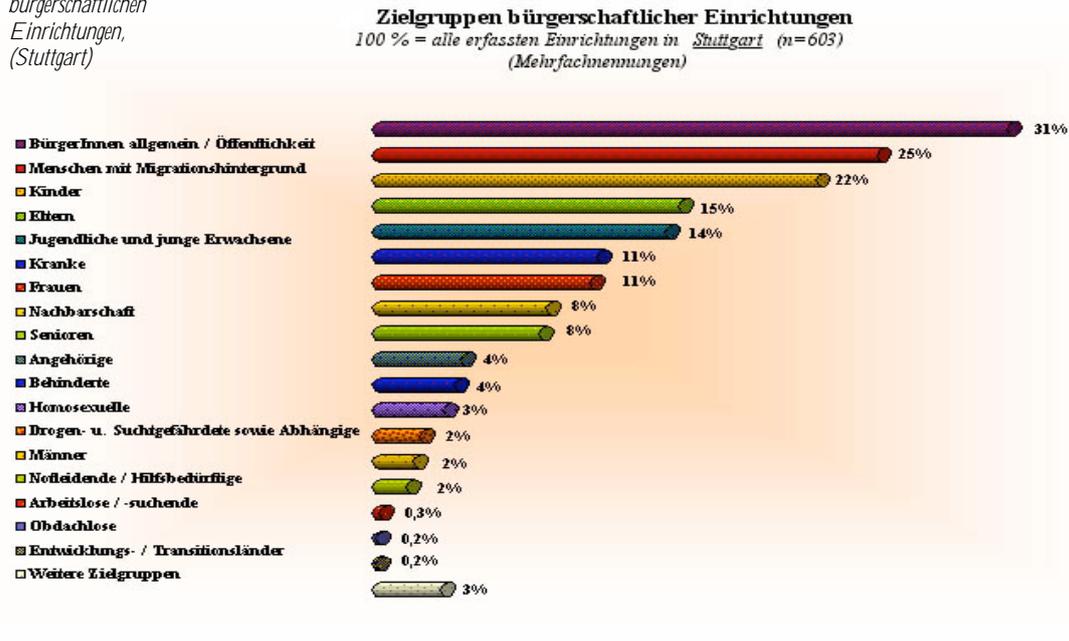
Die folgenden Angaben beruhen auf der Gesamtheit von 603 in Stuttgart erhobenen bürgerschaftlichen Einrichtungen. Die Zweckbestimmung dieser Subsistenzeinrichtungen ist durchgängig auf den Bereich sozialer und kultureller Dienstleistungen gerichtet, Freizeit- und Hobbyeinrichtungen wurden heraus gefiltert. Das breite Tätigkeitsspektrum führen dabei die Angebote an Erfahrungsaustausch / Selbsthilfe und Kommunikation / Vernetzung vor Beratung, Pflege, Bildung, Integrationshilfe und weiteren Angeboten an. Dabei stellen viele Einrichtungen mehrere Angebote bereit.

Abbildung 2
Leistungsangebote der bürgerschaftlichen Einrichtungen, (Stuttgart)



Betrachtet man das Spektrum der Zielgruppen der Einrichtungen, wird deutlich, welche Breite gesellschaftlicher Gruppierungen diese Einrichtungen erreichen:

Abbildung 3
Zielgruppen der bürgerschaftlichen Einrichtungen, (Stuttgart)



Leistungen bürgerschaftlicher Einrichtungen – der Wohlfahrtsmultiplikator

Auf die Frage „Werden vergleichbare Leistungen über den Markt erbracht?“ antworteten die Einrichtungen in Stuttgart-West, dass dies nur bei 8 % der Leistungen der Falls sei, wogegen für 92 % der Leistungen bürgerschaftlicher Einrichtungen kein Marktangebot gegenüber steht. In der Kölner Befragung standen 94 % der Leistungen kein vergleichbares Marktangebot gegenüber. Die Berliner qualitativen Befragungen unterstützen diesen Sachverhalt. Generell kann man sagen, dass die bürgerschaftlichen Leistungen nur zu einem kleinen Teil auf marktliche Alternativen stoßen. Der weitaus größte Teil der Bürger kann sich dieses Angebot nicht leisten. Von öffentlich-staatlicher Seite werden umfassende Alternativleistungen angeboten, so bieten in Köln immerhin rund 21 % der kommunalen Einrichtungen vergleichbare Leistungen an, ebenso in Stuttgart-West. Diese Leistungen werden aber immer weniger und in schlechterer Qualität erbracht, weil die öffentlichen Haushalte immer unzureichender in der Lage sind, die dadurch entstehenden Kosten zu tragen. So werden hier immer mehr Einsparungen vorgenommen, was zu einer fortschreitenden Verringerung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Einrichtungen führt.

Die Bereitschaft zum Engagement planerisch und finanziell zu unterstützen, ist marktwirtschaftlich betrachtet kostengünstiger und in Hinblick auf die Qualitäten und Quantitäten effektiver als eine erwerbswirtschaftliche (marktliche / staatliche / kommunale) Bereitstellung der Leistungen sein könnte. Effektiver ist nicht nur die Befriedigung der individuellen NutzerInnen, sondern auch der Gewinn für die Attraktivität und Anpassungsfähigkeit der Stadt.

- Im Durchschnitt aller Einrichtungen entfallen 5 ehrenamtliche Mitarbeiter auf eine hauptamtliche Kraft. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter sind im Durchschnitt 5 Stunden pro Woche tätig, die hauptamtlichen 28 Stunden. Von der Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden werden 64 % hauptamtlich und 36 % ehrenamtlich erbracht. Im Mittel bedeutet das, dass die Finanzierung einer hauptamtlichen Kraft die Tätigkeit von 5 ehrenamtlichen ermöglicht und die Stundenleistung um die Hälfte vergrößert. Da die Einrichtungen aber ihre Arbeit im Durchschnitt mindestens zu einem ein Drittel aus privaten Quellen – Eigenbeiträgen und Spenden – finanzieren, bewirkt die öffentliche Finan-

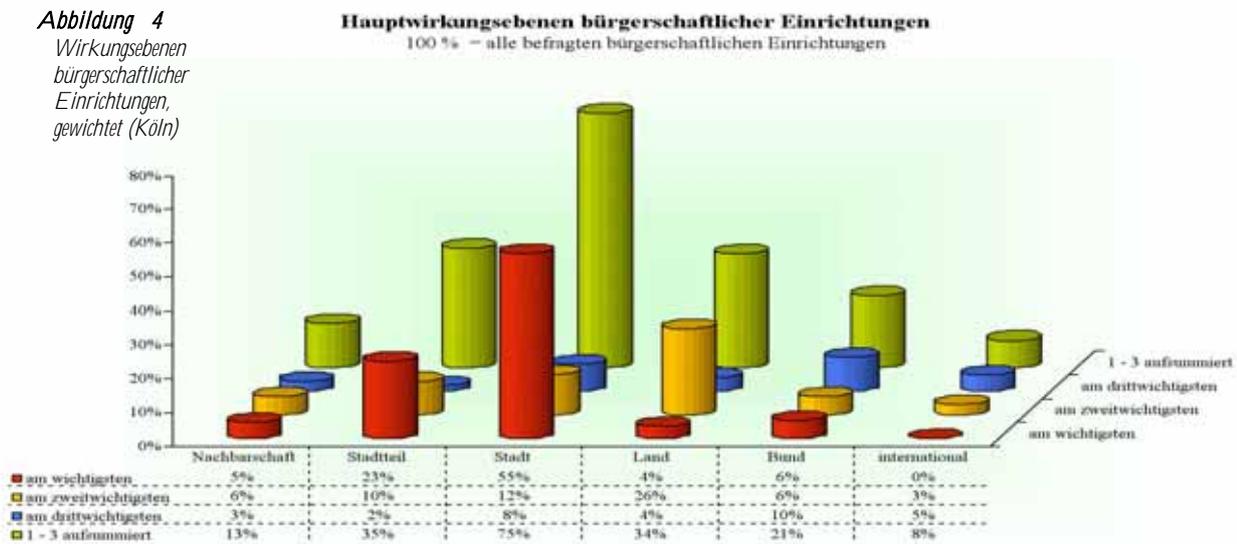


zierung von 100 Arbeitsstunden, dass mehr als 200 haupt- und ehrenamtliche Arbeitsstunden geleistet werden können. Der „Wohlfahrtsmultiplikator“ öffentlicher Zuschüsse ist demnach 2: Für 100 zusätzliche Euro wird Arbeit im Lohnäquivalent von 200 Euro ermöglicht. Das ist natürlich nur ein grober Durchschnittswert, bei der einzelnen Einrichtung kann der tatsächliche Multiplikator darüber oder darunter liegen. Aber jedenfalls wird aus der Rechnung ersichtlich, dass die öffentliche Bezuschussung von Einrichtungen mit ehrenamtlichen Mitarbeitern entschieden kostengünstiger ist als wenn die Öffentliche Hand die gesamte Einrichtung finanzieren würde.

Städtische Nahversorgung durch öffentliche Subsistenz

Bürgerschaftliche Einrichtungen orientieren sich in ihren Angeboten am lokalen bis zum überregionalen Bedarf. Z.B. in Köln betrachtet der überwiegende Anteil von 75 % der Einrichtungen die Kom-

Abbildung 4
Wirkungsebenen bürgerschaftlicher Einrichtungen, gewichtet (Köln)



n = 271

mune als Ganzes als am häufigsten genannte bedeutsame Wirkungsebene, den Stadtteil und die nähere Nachbarschaft zusammen nennen 48 %. Ein weiterer, großer Anteil von 34 % gibt als Wirkungsebene das Bundesland an und immerhin 21 % sogar das ganze Bundesgebiet. Da es sich um kumulierte Angaben handelt, ist deutlich, dass der städtische Bezug und der Stadtteilbezug für öffentliche Subsistenz-einrichtung von besonders hoher Bedeutung ist (siehe Abbildung 4). Diese für Köln dargestellten Befunde stellen sich in den Berliner und Stuttgarter Referenzstudien ähnlich dar. Zudem kommen – wie auch aus den Berliner Studien und aus vorangegangenen Untersuchungen in Köln²⁰ deutlich wurde, die ehrenamtlich Beschäftigten in bürgerschaftlichen Einrichtungen überwiegend aus dem näheren städtischen Umfeld der Einrichtung, bzw. dem Stadtteil.

Bürgerschaftliche Subsistenz wird im gesamten Stadtraum umfassend geleistet, wobei funktional vielfältige Stadtbezirke eine höhere Zahl von Einrichtungen beherbergen.²¹ Entsprechend ist dort die närräumliche Versorgung der Bevölkerung mit Angeboten aus gemeinschaftsbezogener Subsistenz wesentlich besser als z.B. in reinen Wohngebieten.

²⁰ Vgl. Dahm, 2003.

²¹ Vergleiche hierzu die Kartierungen öffentlicher Subsistenz für Köln (Dahm, 2003) sowie für Stuttgart und Berlin Friedrichshain und Pankow (Dahm, Scherhorn, Siebentritt-Schüle, 2004: Abschlußbericht TP ‚Urbane Subsistenz‘).

Abbildung 5
Verteilung
bürgerschaftlicher
Einrichtungen in
Stuttgart

Urbane Subsistenz:
Bürgerschaftliche Einrichtungen im Quartier
und ihre stadträumliche Einbettung
Stuttgart: Gesamtstadt



LEGENDE:

- bürgerschaftliche Einrichtungen:**
- ① Einrichtung mit primär sozialer Orientierung
 - ② Einrichtung mit anderer Orientierung
 - ⑤ öffentliche Einrichtung



‘Urbane Subsistenz als Infrastruktur der Stadt’
Universität Hohenheim
Institut für Haushalts- und Konsumökonomik
Projektgruppe Stuttgart

Stand: 31.12.2003

3. Ausblick auf die Planungspraxis

Aus den empirischen Ergebnissen lassen sich relevante Schlussfolgerung für die Planungspraxis ziehen.

Interessensgruppen und Akteure

Es gibt ein breites Spektrum von Betroffenen bzw. Akteuren, die an anpassungsfähigen Strukturen besonders im Sinne der Nahversorgung interessiert sind.

- Von der Etablierung quartiersbezogener Einzelhandelskonzepte im Lebensmitteleinzelhandel mit einer breiten Angebotspalette profitiert die gesamte BewohnerInnenschaft, aber insbesondere ältere und weniger mobile Menschen sowie Familien mit kleinen Kindern. Mittelständische Wirtschaft als auch die politischen Akteure auf Stadtteilebene sollten für ein abgestimmtes Vorgehen zu interessieren sein.
- Von der Schaffung bzw. Sicherung²² von Freiflächen für Nutzgärten und öffentlichen Räumen zu Zwecken der Eigenarbeit profitiert zunächst die allgemeine Bürgerschaft durch städtische Auflockerungen wie durch die Möglichkeiten zur Eigenversorgung. Weitere Akteure sind Kleingartenvereine und Privathaushalte. Die Selbstversorgung mit Lebensmitteln aus dem eigenen Garten trägt zur Entlastung der privaten Haushalte bei. Darüber hinaus bieten gemeinschaftliche Nutzgartenprojekte Anlässe für nachbarschaftliches Miteinander und dienen somit auch der Integration von MigrantInnen, zugleich tragen sie zu verbesserten Freiraummöglichkeiten für Kinder und Jugendliche bei. Mit Blick auf stadtoökologische Auswirkungen von Haus- bzw. Kleingärten sind auch Ortsvereine und Stadtverordnete Interessenten. Außerdem bietet die Arbeit im Garten Jahres- und Tageszeit strukturierende Maßnahmen für Menschen, die mit fehlenden Strukturen Schwierigkeiten haben.
- An einer lebendigen und vielfältigen öffentlichen Subsistenzinfrastruktur und an der Funktions- und Leistungsfähigkeit bürgerschaftlicher Einrichtungen sind eine beträchtliche Vielfalt von Bürgern interessiert, wie auch Abbildung 3 zeigt. Außerdem sind durch Synergieeffekte für Standortattraktivität und –qualität ebenso marktwirtschaftliche Unternehmen sowie die bezirklichen wie städtischen politischen Akteure wichtige Interessensgruppen. Insgesamt kann eine starke und vitale zivil getragene öffentliche Subsistenzökonomie auch als gesamtgesellschaftliches Anliegen formuliert werden, indem sie wesentlich zur allgemeinen Wohlfahrt und Lebensqualität beiträgt und diese sichert.

Einrichtungen zur städtischen Nahversorgung

Es bedarf in der gesamten Stadt eines breiten Spektrums an Nahversorgung für die Deckung des täglichen Bedarfs. Hierzu bedarf es der entsprechenden Einrichtungen.

- Bezogen auf den *Lebensmitteleinzelhandel* ist für die Quartiersebene eine Kombination aus Vollsortimenter (Supermarkt), Discounter, Bäcker und Metzger oder die Kombination Vollsortimenter, Bäcker und Metzger in einer Entfernung von bis zu 500 m unabdingbar. Zusätzlich bedarf es in Innenquartieren einer größeren Anzahl von Einrichtungen für die Deckung des täglichen Bedarfs sowie zusätzlich Angebote für den periodischen Bedarf.

²² Z.B. durch das Verhindern der Überbauung.

- Bezogen auf die *Möglichkeiten zur privaten Selbstversorgung* sollten in der gesamten Stadt hinreichend große Bereiche für die Gartennutzung vorgesehen werden. In Innenstadtquartieren wird es häufig nicht möglich sein, eine größere Anzahl von Nutzgärten zu etablieren. Quartiere mit entsprechendem Außenraum bieten hierfür die besten Bedingungen. Weiterhin wären öffentlich zugängliche Räumlichkeiten, in denen Räume und Mittel zur Eigenarbeit verfügbar sind, wichtig.
- Bezogen auf die *Möglichkeiten zur öffentlichen Selbstversorgung* braucht es ein breites Spektrum bürgerschaftlicher Einrichtungen. Je nach Einrichtungstyp unterscheiden sich die Einzugsgebiete der NutzerInnen. Z.B. Selbsthilfegruppen, die es in der ganzen Region nur einmal gibt, werden von NutzerInnen über die Stadtgrenzen hinaus frequentiert. Dagegen sind Kindertagesstätten umso besser nutzbar, je häufiger sie vorkommen, und werden dann auch in erster Linie von den im Quartier wohnenden Familien genutzt. Entscheidend kommt es bei der Nutzung auch darauf an, ob man die Einrichtung nur einmalig monatlich, wöchentlich oder täglich besucht, die Nutzung auf längere Dauer oder nur auf kürzere Aktionen ausgelegt ist. So sollten einige Einrichtungen zur Erfüllung des alltäglichen Nahbedarfes in jedem Quartier vorhanden sein (z.B. Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, Alte, Arbeitslose, Behinderte, Selbsthilfetreffpunkt, im Bereich der Nachbarschaftshilfe und Quartiersgestaltung, u.a. ...), andere Einrichtungen sollte es mindestens auf gesamtstädtischer Ebene gut erreichbar geben (z.B. Einrichtungen für Obdachlose, Drogen- oder Suchtgefährdete, Straffällige, u.a. ...). Das Fehlen häufig genutzter Einrichtungen mit einer breiten Streuung wiegt besonders schwer.

Stadträumliche Voraussetzungen / Standortfaktoren

Das Vorhandensein der genannten Einrichtungen ist an verschiedene Voraussetzungen gebunden. So bedarf es angepasster Infrastrukturen sowie geeignete Standorte und Standortfaktoren.

- Alle Quartiere bedürfen der *Mischung*, im funktionalen, im ökonomischen wie im sozialen Sinne. Hierzu gehört der Erhalt der vorhandenen Mischungen aber auch der Ausbau neuer Mischungen. Arbeit und Leben, Wohnen und Versorgung sind Funktionen des alltäglichen Lebens, die prinzipiell in allen städtischen Quartieren möglich sein sollten. Anpassungsfähigkeit heißt hier auch unterschiedliche Nutzungen für unterschiedliche Alltagsbedürfnisse unterschiedlicher sozialer Gruppen zu ermöglichen. Dies bedeutet für die Kerngebiete z.B. die Stärkung der Wohnnutzung und der Möglichkeiten zu bürgerschaftlichen Engagement, für Mischgebiete z.B. den Erhalt, die Stärkung und Erweiterung der vorhandenen Mischung und für allgemeine und reine Wohngebiete die Stärkung und Ansiedlung gewerblicher Nutzungen sowie den Auf- und Ausbau öffentlicher Subsistenz. Die hoch verdichteten Innenstadtquartiere sollten zwar nicht unbedingt mit intensiver gärtnerischer Nutzung konfrontiert werden, aber Zentren und Häuser der Eigenarbeit, sowie die Stärkung und Ansiedlung bürgerschaftlicher Einrichtungen mit stadtweitem Bezug wäre von hoher Relevanz. Für Wohngebiete im Geschosswohnungsbau als auch für den mehr oder weniger dichten Siedlungswohnungsbau wäre eine Lockerung durch die Möglichkeiten zu gärtnerischen Nutzungen wertvoll.
- Insgesamt sollten in Städten die *Möglichkeiten zur Eigenversorgung und –produktion* verbessert werden. Die Untersuchungen des Teilprojektes ‚Lebensmittel in der Stadt‘ zeigen, dass in städtischen Wohngebieten, die einen entsprechenden Außenraum bieten, ein relativ hoher Anteil der Haushalte For-

men der Selbstversorgung praktiziert.²³ Fehlt dieser Außenraum in unmittelbarer Nähe zur Wohnung, kann die Gartenbewirtschaftung nur mit zusätzlichem Fahr- und Zeitaufwand realisiert werden.²⁴ Da nicht zuletzt die Kleingartenkolonien zugunsten der Nachverdichtung im innerstädtischen Raum an den Stadtrand verdrängt werden, verliert die Selbstversorgung an Attraktivität.²⁵ Am ehesten eignen sich natürlich Gebiete in Randlagen, also auch Einfamilienhaussiedlungen mit entsprechendem Außenraum. Hier stellt sich eher die Frage, wie man die dort Wohnenden dazu anregt, Nutzgärten anzulegen und Kleintierhaltung zu praktizieren bzw. zu akzeptieren, dass die Nachbarn eben dieses tun.

- Mischung und Vielfalt der Funktionen begünstigen das *Vorkommen gemeinschaftsorientierter Subsistenz und bürgerschaftlicher Einrichtungen*. Bei der Untersuchung einzelner Blocks im Stuttgarter Westen, in Berlin-Friedrichshain und Berlin-Pankow hat sich gezeigt, dass Blöcke, die eine Vielfalt von Funktionen aufweisen, mehr bürgerschaftliche Einrichtungen beherbergen als andere. So zeigt sich in den Untersuchungsquartieren, dass schon direkt angrenzende Blöcke, in denen die kleinen Einzelhändler, Cafés, gewerbliche Dienstleister und ähnliches wesentlich seltener sind oder gar nicht vorkommen, gar keine oder kaum Subsistenzeinrichtungen vorweisen. In den insgesamt funktional gemischten Untersuchungsquartieren des Teilprojektes ‚Urbane Subsistenz‘ kann man besonders gut sehen, dass die Verteilung der Einrichtungen für urbane Subsistenz durchaus von kleinräumigen Mischungszentren beeinflusst wird. Dies bestätigt sich auch im Vergleich mit den gesamtstädtischen Erhebungen und Kartierungen für Köln²⁶ und Stuttgart, wo man den Quartiersvergleich für die Gesamtstadt ziehen kann.
- Die *Gestaltbarkeit des öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raum* ist für das Vorkommen städtischer Selbstversorgung von entscheidender Bedeutung. Viele bürgerschaftliche Einrichtungen werden in ihrer Funktion wesentlich von ihrer stadträumlichen öffentlichen Präsenz geprägt. Werden sie nicht wahrgenommen, ist die Aktivierung ehrenamtlicher Arbeit und der Zugang zu den angebotenen Leistungen für die Bevölkerung erschwert. Außerdem brauchen bürgerschaftliche Einrichtungen geeignete und bezahlbare Räume und Flächen für ihre Aktivitäten. Sind diese nicht verfügbar oder nicht nutzbar, kann bürgerschaftliches Engagement sich nicht organisieren und quartiersräumlich verorten. Entsprechend leidet die Leistungsfähigkeit und die Angebotspalette.

Stadtentwicklungspolitik, administrative und finanzielle Rahmenbedingungen

Funktionale und soziale Mischung muss ermöglicht, sowie eine Vielfalt unterschiedlicher Nutzungen und Gestaltungen des Stadtraumes gewährleistet werden. Um anpassungsfähige und lebendige städtische Strukturen real unter heutigen und zukünftigen Bedingungen herzustellen oder zu erhalten, braucht es die Unterstützung durch planerische, politische, administrative und finanzielle Mittel und Rahmenbedingungen.

²³ In unserer Untersuchung entsprach dem am ehesten Kassel-Süsterfeld, wo 57 % der befragten Haushalte über einen Nutzgarten verfügen.

²⁴ Dies trifft in unserer Untersuchung am ehesten im Kasseler Vorderen Westen zu, wo weniger als 10 Prozent der befragten Haushalte über einen Nutzgarten verfügen.

²⁵ Vgl. Fuhr und Böge, 2004, S. 255.

²⁶ Vgl. Dahm, 2003.

- Bezogen auf den Lebensmitteleinzelhandel müssen die *baurechtlichen Rahmenbedingungen zur Anwendung gebracht bzw. ergänzt werden*, beispielsweise die Festlegung der höchstzulässigen Geschoss- und Verkaufsfläche sowie eine Sortimentsfestlegung in Kern- und Sondergebieten als auch in nicht integrierten Lagen. Dies wäre z.B. die Möglichkeit der Erhöhung von Geschoss- und Verkaufsflächen (z.B. bis zu 20 %) in unterversorgten Gebieten, die Lockerung / Abschaffung des Nachweises / der Ablöse von Parkmöglichkeiten. Hierfür bedarf es ressortübergreifender Planungsansätze sowie der Erarbeitung langfristiger Einzelhandelskonzepte unter Berücksichtigung gesamstädtischer Lebensqualität. Die besten Voraussetzungen für die Etablierung langfristiger Einzelhandelskonzepte mit einer breiten Angebotspalette bestehen in Gebieten mit einer relativ hohen Einwohnerdichte.
- Eigenproduktion und Eigenversorgung durch Gärten lässt sich vor allem durch das ‚*Offen-lassen*‘ *städtischer Freiflächen* erreichen und fördern sowie durch die *Ermöglichung und Motivierung zu städtischer Gestaltung* auch im Bereich öffentlicher Flächen. Besonders gute Möglichkeiten für die Realisierung von Gärten zur Selbstversorgung bestehen in den Gebieten, die über entsprechende Außenräume direkt am Haus verfügen. Aber auch der Mietwohnungsbau ist hier denkbar, nämlich überall dort, wo das Abstandsgrün jeder Nutzung entbehrt und die Bewohnerinnenschaft es begrüßen würde, wenn sie z.B. Tomaten und Zwiebeln anbauen dürften.²⁷ Auch städtische Bracheflächen ließen sich zu städtischen, bürgerschaftlich gestalteten Parken und Gartenanlagen umgestalten. Radikalere Konzepte fordern das Einreißen städtischer Baustruktur zugunsten von grünen Korridoren.
- Der Förderung öffentlicher Subsistenz entspräche aus stadtentwicklungspolitischer Perspektive die *Anpassung der Flächennutzungspläne* für eine Vielfalt von Nutzungen öffentlichen Raumes sowie die Erhöhungen der Flexibilitäten in den Flächennutzungsverordnungen. Weiterhin wäre die verstärkte *Schaffung und Öffnung von urbanen (Frei)Räumen, Flächen und Gebäuden* für vielfältige zivile (besonders auch bürgerschaftliche) Nutzungen notwendig. Aber auch die Zugänge zur Nutzung von Räumen und Gebäuden für bürgerschaftliche Aktivitäten müssen politisch gefördert werden. In diesem Sinn ist einerseits die institutionelle Förderung bürgerschaftlicher Gruppen, Initiativen und Organisationen, die selbstorganisiert raum- und sozialwirksam gestalten, relevant. Es braucht eine *starke Etablierung von institutionellen Förderinstrumenten* für bürgerschaftliche Einrichtungen, dies betreffe z.B. eine planungsfreundliche Gestaltung der Instrumente zur Arbeitsförderung in gemeinnützigen Einrichtungen, sowie an Subsistenzeinrichtungen angepasste Förderkriterien. Andererseits ist die Förderung von Partizipation, Selbstbestimmung und -organisation durch entsprechende rechtliche und administrative Rahmenbedingungen nötig, wie etwa die *Verbesserung der administrativen und rechtlichen Voraussetzungen für Subsistenzeinrichtungen*, um stabile kooperationsfähige Institutionen zu gewährleisten.

4. Auf dem Weg in die Tätigkeitsgesellschaft

Im Vorangegangenen wurden die stadträumlich und infrastrukturell relevanten Bedingungen eingegrenzt, die über stadtplanerische Interventionen die Möglichkeit zur besseren Nahversorgung schaffen

²⁷ Beispiele für eine solche Umsetzung gibt es bereits, z.B. in der Kasseler Nordstadt und auch in Bochum, jeweils in Quartieren mit einem hohen AusländerInnenanteil, BewohnerInnen also, die sich häufig nicht auf die restriktiven Bedingungen einer Kleingartensiedlung einlassen wollen.

können. Aber die Probleme der Stadt und der städtischen Nahversorgung liegen vor allem auch in der Krise der Erwerbsarbeitsgesellschaft begründet.²⁸

Die sozialräumlichen Segregationen und Polarisierungen des urbanen Raumes als auch mangelhafte Nahversorgungsmöglichkeiten sind zu großen Teilen eine Folge einer nicht mehr verlässlich in Erwerbstätigkeit eingebundenen Stadtbevölkerung und der verminderten Steuereinnahmen der Kommunen, der Länder und des Bundes. So reißen urbane Räume sozial auseinander, die städtische Bevölkerung polarisiert sich durch Einkommen, Bildung und Teilnahme am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozess im Stadtraum.

Um städtische Versorgungssysteme und den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand – besonders im Bereich der allgemeinen Wohlfahrt sowie in der kulturellen Produktion und Innovation – aufrecht erhalten zu können, aber auch zu erhöhen, braucht es die Kombination der marktwirtschaftlichen mit der subsistenzwirtschaftlichen Produktion. Nur beide zusammen können die nötigen Angebote für die alltägliche Nahversorgung bereit stellen, können den alltäglichen Bedarf decken. Außerdem sind die marktwirtschaftlichen Institutionen auf die Surplus-Effekte aus urbaner Subsistenz angewiesen, denn über urbane Subsistenz wird der Standort gesichert und aufgewertet. Die sozialen Stabilitäten nehmen durch Stärkung des sozialen Kapitals wieder zu, die kulturelle Attraktivität des Standortes wächst ebenso wie das Bildungsniveau – beide ökonomischen Sektoren sind voneinander abhängig.

Um die Vorteile der marktlichen, staatlichen und subsistenzwirtschaftlichen Systeme miteinander zu verbinden, muss die Komplementarität der Systeme anerkannt und politisch wie öffentlich wertgeschätzt werden. Auf dieser Grundlage werden positive Synergieeffekte durch die kooperative Vernetzung marktlicher, staatlich-kommunaler und subsistenzwirtschaftlicher Institutionen, sowie durch angepasste administrative, finanzielle, rechtliche und politische Rahmenbedingungen, ermöglicht. Denn die Voraussetzungen für eine leistungsfähige marktwirtschaftliche, und noch mehr für die subsistenzwirtschaftliche nahräumliche Versorgungsinfrastruktur werden vor allem davon bestimmt, inwieweit in den betreffenden Institutionen Menschen arbeiten wollen und können.

Hierfür braucht es einen Paradigmenwechsel. Es muss die wertschöpfende Arbeit jenseits der ‚Euro-Erwerbstätigkeit‘ anerkannt werden. Das Paradigma der klassischen Erwerbsarbeit muss durch das Paradigma der Subsistenztätigkeiten ergänzt werden – es braucht eine Vielfalt der Arbeitsformen. Und zwar deshalb, weil eine Vielfalt der Versorgungssysteme notwendig ist, um eine Erhöhung, Sicherung und Verbesserung des Angebotes städtischer Alltagsversorgungen und Lebensqualitäten zu erreichen.

In der Wirklichkeit sind wir davon gar nicht so weit weg, in der Anerkennung und Wertschätzung schon. Bereits heute werden nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes bundesweit rund zwei Drittel aller Arbeitsstunden unbezahlt – subsistenzwirtschaftlich – erbracht, im internationalen Vergleich sind es nach Angaben der International Labour Organization mehr als zwei Fünftel, und es werden mehr. Öffentliche und private Subsistenz erbringen gemeinschafts- und haushalts- / familienbezogene Güterproduktionen, die jenseits marktlicher Produktivitätsmaßstäbe und Strategien funktionieren. Hier bestimmt nicht maximale Konkurrenz und angebotsorientierter Wettbewerb das wirtschaftliche Handeln, sondern Kooperation und Bedarfsorientierung bei größtmöglicher Partizipation aller im Wirtschaftsprozess aktiven Kräfte. Die zentralen Produktivkräfte sind hier Menschen, die jedoch nicht

²⁸ Vgl. hierzu Dahm (2003 & 2003 b); Enquete Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ des Deutschen Bundestages (2002); Hall & Pfeiffer (2000); Krätke (1995).

– wie in der marktlichen Produktion – repetitive, automatisierbare Arbeiten bei maximaler Produktionsquantität leisten. In der Subsistenz sind sie im Produktionsprozess in ihrer individuellen, intrinsisch motivierten Tätigkeit unersetzbar, und maximale Qualität steht bei dem Ziel der Bedarfsdeckung vorne an.

Die nicht-entfremdete Subsistenzarbeit ist für die Stadtökonomie unersetzlich, indem sie jene Leistungen im Bereich Bildung, Integration, Partizipation, Familiensorge, u.a. - im weitesten Sinne Selbstversorgung erbringt. Diese Leistungen sind marktlich kaum noch bezahlbar, denn die monetären Investitionen müssen im globalen Wettbewerb erst erwirtschaftet, und dann über Erwerbswirtschaft (durch Lohnsteuer und andere Steuern) kofinanziert werden. Unsere Produktivität steigt aber so schnell, dass wir uns arbeitslos gearbeitet haben – wir brauchen immer weniger Menschen, um das Bruttoinlandsprodukt zu erwirtschaften. Andererseits brauchen wir immer mehr Menschen, um jene Leistungen zu erbringen, die nicht international verhandelbar sind, weil deren ökonomischer Mehrwert entweder nicht in Geld bemessbar ist (z.B. Lebensqualität), oder erst langfristig bemerkbar wird, und damit gegenwärtig nicht monetär kalkulierbar ist (z.B. Bildung). Erst über die Mischung erwerbs- und subsistenzwirtschaftlicher Arbeitssysteme wird Vollbeschäftigung – in neuer Form – wieder erreichbar.

Nach Dahrendorf heißt die Antwort auf den Verfall der Arbeitsgesellschaft „Tätigkeitsgesellschaft“ und erfordert die Abkehr von der marxistischen Grundeinstellung, dass zwar (selbstbestimmte) Tätigkeit erstrebenswert sei, dass aber (fremdbestimmte) Arbeit bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich bleibe.²⁹ Denn „... wer irgendeinem Lebensbereich die Unfreiheit als unvermeidlich zugesteht, wird sich alsbald in einer Welt finden, in der diese Unfreiheit alles beherrscht. Das heißt, dass die Forderung die sein muss, alle Arbeit in Tätigkeit, alles heteronome Tun von Menschen in autonomes Tun zu verwandeln.“³⁰ Die Entwicklung zur Tätigkeitsgesellschaft ist längst im Gang. Und auch die PISA-Studien geben einen starken Impuls, Bildung nicht länger berufs-, sondern talentbezogen zu gestalten. Demnach bildet die Stadt talentbezogen und berufsbezogen, Bildung geschieht im alltäglichen Erleben von zivilen Interaktionen, nicht nur (aber auch) in Bildungseinrichtungen – und bereitet in diesem Sinne auch den Weg in die Tätigkeitsgesellschaft. Und ähnliches deutet die Debatte zur Zukunft des Generationenvertrages an. Der Ruhestand wird zu einem produktiven Lebensabschnitt, wenn auch einstweilen noch stark an der berufsbezogenen ‚Freizeit‘ orientiert. Und dies wirkt nicht nur aus der sozioökonomischen Notwendigkeit heraus, sondern auch aus dem Wunsch nach einem sinnvollen Leben im Alter.

Eigen- und Bürgerarbeit finden zunehmend Unterstützung und kriegen rasant wachsend gesellschaftliche wie wirtschaftliche Bedeutung zugesprochen. Sie zeigen, wie die berufsfreie Zeit zu einem vom Beruf unabhängigen, ebenso sinnvollen wie befriedigenden Tätigkeitsbereich werden kann. Viel hängt davon ab, ob Produktivitätsfortschritte noch entschiedener in freie Zeit verwandelt werden, ob Staatseinnahmen und Erwerbseinkommen von Berufsarbeit soweit abgekoppelt werden, so dass der Zweck der Arbeit in der Tätigkeit und nicht primär im Gelderwerb liegen kann. Die tragenden Säulen der allgemeinen Wohlfahrt müssen sich von den öffentlich-fiskalischen Strukturen zunehmend auf die Zivilgesellschaft verlagern. Im gleichen Verhältnis braucht es dann die Dezentralisierung sozialökonomischer Entscheidungsstrukturen auf die regionale und lokale Ebene. Mittlerweile wird städtische Wirtschaftspolitik zunehmend nicht mehr nur auf marktliche Funktionen und Förderungen verengt. Das Verständnis nicht-kapitalgesteuerter ökonomischer Funktionen in Komplementarität zu Markt und

²⁹ Dahrendorf (1983), S. 90 ff.

³⁰ Ebenda, S. 91.

Staat / Kommune wird sukzessive verbessert. Das unterstützt die Neukonzeption der Arbeitsgesellschaft nach dem Prinzip der Tätigkeitsgesellschaft.

Subsistenz braucht (Frei-)Räume und Infrastrukturen, Zugänge und das Miteinander der Lebens- und Arbeitsorte. Finanzielle und institutionelle Förderung bürgerschaftlicher Einrichtungen entlastet den kommunalen bzw. staatlichen Haushalt. Eine hauptamtliche Kraft ermöglicht die gleiche Menge an ehrenamtlicher Arbeit. Diese Zusammenhänge wurden im Vorangegangenen deutlich. Werden die infrastrukturellen Voraussetzungen hierfür geschaffen, wird auch die Bereitschaft in der Bevölkerung zu einer umfassenden Reform der Arbeitsgesellschaft hin zur Tätigkeitsgesellschaft mit einer Mischung der Arbeitsformen gefördert. Denn Gelegenheit macht Diebe – sagt man. Aber Gelegenheiten schaffen auch Kooperationen, wie man aus den umfassenden Untersuchungen sehen kann. Es kommt immer mit darauf an, für welches Paradigma zwischenmenschlicher und sozioökonomischer Interaktionen sich politisch entschieden wird. Werden die Voraussetzungen für gemeinschaftsorientierte Bürgerarbeit und deren Institutionen im öffentlichen Raum begünstigt, werden Motivationen und Anreize geschaffen, diese auch zu nutzen. Und wir wissen, dass sie genutzt werden, immer mehr und mit wachsender Tendenz. Die Individualisierung der Gesellschaft hat die Bedeutung sozialer Netze und alternativer Solidaritätsstrukturen wachsen lassen. Der Niedergang der Erwerbswirtschaft hat die Bedeutung und den Mut zum schöpferischen, selbstbestimmten und kooperativen Handeln wachsen lassen. Und die ökonomische Globalisierung zwingt uns, unsere soziokulturellen und –ökonomischen Sicherungssysteme stärker über regionale Kreisläufe zu organisieren.

Ob die Entwicklung so auch fortschreitet, ist angesichts starker Gegenkräfte zwar keineswegs sicher. Doch für die Lebendigkeit und Anpassungsfähigkeit der Stadt bietet das Konzept der Tätigkeitsgesellschaft die beste Perspektive, zumal unter dem Aspekt der Überalterung. Und die Verwirklichung der Tätigkeitsgesellschaft beruht weitgehend auf der Stärkung des Nahbedarfs, sicher nicht nur im hier behandelten Sinn, auch aus den Blickwinkeln der anderen Teilprojekte im VALO-Verbund. Um über Sozialisation angelernte Paradigmen wechseln zu können, brauchen wir die Anerkennung subsistenzwirtschaftlicher Tätigkeiten und das Erlernen der Vielfalt menschlicher Tätigkeitsbereiche und Produktivitäten, erwerbswirtschaftlicher wie subsistenzwirtschaftlicher Art.

5. Zusammenfassender Ausblick

Zusammenfassend lassen sich die in diesem Papier behandelten zahlreichen Effekte als eine Intensivierung der Nahversorgung kennzeichnen. Doch müssen Kommunalpolitik und Stadtverwaltung einerseits und unternehmerische Wirtschaft andererseits erst noch dafür sensibilisiert werden, dass intensivere Nahversorgung in den Quartieren maßgeblich zur urbanen Attraktivität und Standortqualität beiträgt. Zur urbanen Nahversorgung und allgemeinen Wohlfahrt gehört die Versorgung über den gewerblichen Einzelhandel ebenso wie jene mit Gütern und Diensten aus urbaner Subsistenz. Sind die Voraussetzungen für eine gute und vielfältige Nahversorgung erfüllt, trägt dies zur Mittelstandsförderung und Stärkung der urbanen Wirtschaftskraft von Städten bei. Es wird Erwerbsarbeit ebenso wie Subsistenzarbeit vor Ort ermöglicht, der Autoverkehr wird reduziert, es findet mehr Leben auf der Straße statt, und der Standort gewinnt an Attraktivität und Stabilität.

Städtische Nahversorgung sichern bedeutet heute mehr denn je kleinräumliche Einzelhandelskonzepte und bürgerschaftliche Einrichtungen lokal zu fördern. Vielfalt und Mischung der Funktionen in Stadtquartieren gehören dafür zu den wesentlichen Voraussetzungen. Ebenso ist die Kombination der Tä-

tigkeitsbereiche und deren gesellschaftliche und politische Anerkennung unabdingbar für eine starke komplementäre Wirtschaft und urbane Lebensqualität. Soziokulturelle Vielfalt und Vitalität ist an zivile Kommunikation gebunden, an bürgerschaftliche Netzwerke, an eine vitale Bürgergesellschaft. Standortbezogene Wettbewerbsfähigkeit wird über kulturelle und soziale Vielfalt und Attraktivität erhöht. So werden Städte auch als Investitionsstandorte im globalen Wettbewerb wieder attraktiv, denn die heute so wichtigen Wissensebenen sind Wissensnomaden, sie wandern zu den Lebensorten, nicht primär zu den Markorten. Zum ‚guten Leben in der Stadt‘ braucht es einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel. In der vitalen, attraktiven und zukunftsfähigen Stadt müssen sich die verschiedenen Tätigkeitsbereiche - Erwerb und Subsistenz - miteinander verbinden. So lassen sich die gesellschaftlich notwendigen Produktionen langfristig sichern und qualitativ verbessern, so werden Städte lebendig und anpassungsfähig.

Literaturverzeichnis

- Behr**, Christoph (2001): Obst- und Gemüseverbrauch im Aufwind. In: Fruchthandel, (40), Nr. 20, S. 8-9. Düsseldorf
- Berg**, Ilona (1997): Kochalltag in Deutschland – alles wie gehabt? In: Ernährungsumschau, (44). S. 37-39. Frankfurt am Main
- Böge**, Stefanie; **Fuhr**, Dagmar (2004): Lebensmittel in der Stadt. Endbericht im Rahmen des Verbundforschungsprojektes ‚EVALO - Eröffnung von Anpassungsfähigkeit für lebendige Orte‘ im Auftrag des BMBF, Förderschwerpunkt ‚Bauen und Wohnen‘. Kassel.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung** [Hrsg.] (1999): Nutzungsmischung und Stadt der kurzen Wege. Werden die Vorzüge einer baulichen Mischung im Alltag genutzt? Werkstatt: Praxix Nr. 7 (Bearbeitung und Projektleitung: Büro für integrierte Planung - BIP). Bonn.
- Dahm**, Daniel (2003): Zukunftsfähige Lebensstile – Städtische Subsistenz für mehr Lebensqualität. Dissertationsschrift. Universität zu Köln. Berlin.
- Dahm**, Daniel (2003b): Sta(d)ttkrise urbane Subsistenz? In: Reader des Ideenaufrufs, Workstation e.V. Berlin.
- Dahm**, Daniel; Scherhorn, Gerhard; Siebentritt-Schüle, Anja (2004): Abschlußbericht ‚Urbane Subsistenz als Infrastruktur der Stadt‘ Stuttgart/Wuppertal. (Im Erscheinen)
- Dahrendorf**, Ralf (1983): Die Tätigkeitsgesellschaft. In: Dahrendorf, R. (1983): Die Chancen der Krise. S. 88-100. Stuttgart.
- Deecke**, Helmut (2000): Haushaltslogistik - Die Ver- und Entsorgung von Privathaushalten mit Gütern des täglichen Bedarfs. Endbericht im Rahmen des Verbundforschungsprojektes ‚Ökologisch verträgliche Mobilität in Stadtregionen‘ im Auftrag des BMBF, Förderschwerpunkt ‚Ökologische Forschung in Stadtregionen und Industrielandschaften (Stadtökologie)‘. Hamburg.
- Detting**, Warnfried (2000b): Die aktive Bürgergesellschaft in der Stadt als Reformperspektive des Sozialstaates. In: Klie, T.; Roß, P. [Hrsg.] (2000): Die Zukunft des Sozialen in der Stadt. Bürgerschaftliches Engagement als Herausforderung. Freiburg.

- Enquete Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ des Deutschen Bundestages** (2002): (Abschluss)Bericht: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen.
- Erlass des Ministeriums für Bau, Landesentwicklung und Umwelt des Landes Mecklenburg-Vorpommern** (1995): Großflächige Einzelhandelseinrichtungen in der Landesplanung, der Bauleitplanung und den Baugenehmigungsverfahren. Schwerin.
- Europäische Union** (1999): Weißbuch Handel. Brüssel.
- Fuhr**, Dagmar; **Böge**, Stefanie (2004): Denn sie wissen (nicht immer) was sie essen ... In: AgrarBündnis e.V. (2004) [Hrsg.]: Der Kritische Agrarbericht 2004. Hintergrundberichte und Positionen zur Agrardebate. S. 254 – 259. Rheda-Wiedenbrück.
- GfK** (2003): Küche und Kochen in Deutschland. Nürnberg.
- Hall**, Peter; **Pfeiffer**, Ulrich [Hrsg.] (2000): Urban 21. Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte. Stuttgart.
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Referat I 4** (2003): Großflächige Einzelhandelsvorhaben im Bau- und Landesplanungsrecht - Hinweise und Erläuterungen. Wiesbaden.
- Holz-Rau**, Hans-Christian (1991): Verkehrsverhalten beim Einkauf. In: Internationales Verkehrswesen (43) Heft 7 / 8. S. 300-305. Hamburg.
- Kahnert**, Rainer (2002): Zur Situation der Lebensmittel-Nahversorgung in Nordrhein-Westfalen. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) (2002) [Hrsg.]: Einzelhandel - stadt- und regionalverträglich. Diskussionsforum zur Weiterentwicklung der Landesplanung in NRW. Dortmund.
- Krätke**, Stefan (1995): Stadt – Raum – Ökonomie. München.
- Kutter**, Eckhard (1973): Areales Verhalten des Stadtbewohners – Folgerungen für die Verkehrsplanung. In: Habekost, H.: Verkehrserzeugungsmodelle als Grundlage der Verkehrsplanung - Zusammenhänge zwischen städtebaulichen Daten und dem Verkehr. Veröffentlichungen des Instituts für Stadtbauwesen. S. 99 – 135. Braunschweig.
- Läpple**, Dieter (1996): Thesen zum Verhältnis von Stadt und Handel. Entwicklungstendenzen, Problemfelder und Handlungsansätze. In: Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (1996) [Hrsg.]: Handel in der Stadt - Handeln in der Stadt -. Düsseldorf.
- Lechner**, Wolfgang (2004): Wie man in Deutschland kocht und isst. Nur noch wenige Familien essen regelmäßig gemeinsam. Gegessen und gekocht wird, was Spaß macht – egal, ob Hausmannskost, Fast Food oder Haute Cuisine. In: *Die Zeit* (2004), Nr. 4. Hamburg.
- Meier**, Uta; **Zander**, Uta (2004): ‚Alles wie gehabt?‘ Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Mahlzeitenmuster im Zeitvergleich. Vortrag im Rahmen der Ergebniskonferenz zur Zeitbudgeterhebung 2001 / 2002 am 16. und 17. Februar 2004 im Statistischen Bundesamt. Wiesbaden. (in Vorbereitung).
- Baumert**, Jürgen; **Artelt**, Cordula; **Klieme**, Eckhard; **Neubrand**, Michael; **Prenzel**, Manfred; **Schiefele**, Ulrich; **Schneider**, Wolfgang; **Tillmann**, Klaus-Jürgen; **Weiß**, Manfred [Hrsg.] (2003):

Pisa 2000 - Ein differenzierter Blick auf die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
(Leske + Budrich).

Schwab, Waltraud (2004): Halle 26b - ein Albtraum Die ‚Jugend-Eventhalle‘ auf der Grünen Woche will über Ernährung und Gesundheit aufklären. In: *taz*, (Berlin lokal) vom 24.1.2004. Berlin.

Statistisches Bundesamt [Hrsg.] (1996): Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. Sonderheft 1: Private Haushalte mit Garten. Stuttgart.

Steffen, Gabriele; **Weeber**, Rotraut (2001): Das Ende der Nahversorgung? Studie zur wohnungsnahen Versorgung. Verband Region Stuttgart [Hrsg.]. Stuttgart.

Teichert, Volker (2000): Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft. Zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens. Papers der Querschnittsgruppe ‚Arbeit & Ökologie‘ Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin. Berlin.

Urban Management Programme (UNDP/UNCHS/World Bank) Urban Agriculture: Food, Jobs, and Sustainable Cities, June 1996. New York.